

Marokko, Judentum und Israel – eine komplexe Beziehung

ZWEI GESETZESVORSCHLÄGE GEGEN DIE NORMALISIERUNG MIT ISRAEL SORGEN FÜR WIRBEL

Im Sommer 2013 reichten gleich fünf Parteien aus Regierung und Opposition (PJD, PPS, USFP, Istiqlal, PAM) gemeinsame Gesetzesvorschläge gegen die Normalisierung der Beziehungen mit Israel ein. Sollten diese verabschiedet werden, würden nahezu alle Beziehungen sowohl auf politischer und wirtschaftlicher, aber auch auf kultureller und ganz individueller Ebene untersagt. An der Realität des hebräischen Erbes Marokkos geht dies jedoch vorbei, ebenso wie an den hunderttausenden Juden marokkanischen Ursprungs, die im Heiligen Land leben. Die Verabschiedung der Gesetze gilt in den Medien allerdings als unwahrscheinlich, wohl aber haben die Vorschläge eine alte Debatte erneut ins Rollen gebracht.

Zur nationalen Identität und Einheit Marokkos gehört laut der Präambel der Verfassung neben den führenden arabisch-islamischen, berberischen und saharisch-hassanischen Komponenten unter anderem ein „hebräischer Zufluss“.¹ Das hebräische Erbe Marokkos geht mehr als 2000 Jahre zurück. Um 1948 zählte Marokko mit rund 250.000 Juden die größte jüdische Minderheit in der gesamten arabischen Welt.² Ge-

schützt vom damaligen Sultan Mohammed V. waren sie ein wesentlicher Teil der marokkanischen Gesellschaft. Mit der Gründung des Staates Israel und der Intensivierung des arabisch-israelischen Konflikts verschärfte sich die Lage in Marokko und der Großteil der jüdischen Bevölkerung emigrierte, zumeist ins Heilige Land aber auch gen Frankreich oder Amerika. Während in Israel derzeit rund 900.000 Juden marokkanischen Ursprungs leben,³ sind in Marokko nur wenige tausend verblieben, vor allem in Casablanca.⁴ Zehntausende Israelis kehren allerdings jedes Jahr für religiöse Feierlichkeiten oder zum Urlaub nach Marokko zurück.⁵

L'histoire des juifs du Maroc, 27.5.2005, abgerufen unter <http://www.lavieeco.com/news/culture/l-histoire-des-juifs-du-maroc-6722.html>.

³ Zwar zählt das israelische Statistikbüro nur knapp 500.000, jedoch wird bei Kindern in der Zählung ausschließlich die Herkunft des Vaters berücksichtigt. Weitere Schätzungen belaufen sich daher auf bis zu 900.000. Siehe u.a.: Jules Crétois, Maroc-Israel – Le divorce impossible, TelQuel, Nr. 958, 13.-19.12.2013, S. 36-37, S. 36.

⁴ Auch hier variieren die Schätzungen zwischen 2500 und 8000. Siehe z.B.: Slate Afrique, 2012, Sergio Della-Pergola, World Jewish Population, 2012 (2012: Berman Institute, University of Connecticut), S. 6, oder auch La Vie éco, Plus que 5000 juifs au Maroc contre 300000 en 1948, 11.5.2007, abgerufen unter <http://www.lavieeco.com/news/societe/plus-que-5000-juifs-au-maroc-contre-300-000-en-1948-6535.html>.

⁵ Laut HaAretz liegt die Zahl schätzungsweise bei 45.000. Siehe: HaAretz, Moroccan lawmakers push bills to criminalize trade with Israel, 23.11.2013, abgerufen unter <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/1.559680>. La Vie éco spricht von 50.000 bis 70.000: La Vie éco, 11.5.2007.

¹ Siehe: La constitution, Préambule, Bulletin officiel N°9564 bis, S. 1903-1928, insb. S. 1903.

² Eine genaue Messung gibt es nicht. Die Schätzungen gehen von ca. 250.000 bis 300.000 aus. Siehe: Paul Euzière, Notes de Lecture: Haim Zafrani, Deux mille ans de vie juive au Maroc ; Agnès Bensimon ; Hassan II et les juifs, histoire d'une émigration secrète ; Michael M. Laskier, Israel and the Maghreb. From statehood to Oslo, Recherches internationales, Nr. 77, Vol. 3, 2006, S. 196-202, insb. S. 196. Siehe ebenso: La Vie éco,

MAROKKO

MATTHIAS KASPERS

Februar 2014

www.kas.dewww.kas.de/marokko

Ein vielfältiges jüdisches Erbe

Interessant ist die Zusammensetzung der marokkanischen Juden: Bereits zu biblischen Zeiten kamen die ersten ins Land. In der Folge sollen auch Berberstämme zum Judentum konvertiert haben, die jüdische Bevölkerung wuchs. Mit der Ankunft der 1492 aus Spanien vertriebenen sephardischen Juden erhielten die Gemeinden in Marokko einen weiteren Zuwachs. Vor allem aber bereicherten die Sepharden Marokko materiell mit ihren Handelsfertigkeiten sowie intellektuell und spirituell mit ihrem Wissen aus Europa. Sie prägten in der Folgezeit die Wirtschaft und Politik sowie die Kultur vor allem im Norden des Landes, indem sie maßgeblich zur Entwicklung und zum Aufstieg des Königreiches beitrugen.⁶

Noch heute findet man in den großen Städten alte israelitische Friedhöfe und ehemalige jüdische Viertel, sogenannte „*Mellahs*“. Erst im vergangenen Jahr wurde in Fes eine historische Synagoge mit Mitteln des deutschen Auswärtigen Amtes restauriert - ihre Inauguration nahm Regierungschef Benkirane gemeinsam mit Bundestagspräsident Norbert Lammert und Vertretern der jüdisch-marokkanischen Gemeinde vor.⁷ Anwesend war unter anderem André Azoulay, enger Berater des Königs und marokkanischer Jude. Zu jüdischen Festen werden außerdem häufig *Walis*, hohe Beamte beziehungsweise Gouverneure der sechzehn Regionen Marokkos, entsandt.⁸ Das Königshaus schätzt die jüdische Präsenz.

Die Aufnahme der hebräischen Identität in die Verfassung festigt und bestätigt diese Beziehung zwischen Judentum und Marokko. Marokko trägt sein hebräisches Erbe mit Stolz. Ebenso fühlen sich die verbliebenen

⁶ Siehe: Paul Euzière, 2006, S. 196 f.

⁷ Siehe: Yabiladi, Maroc: Benkarine présent à l'inauguration d'une synagogue à Fès, 13.2.2013, abgerufen unter <http://www.yabiladi.com/articles/details/15480/maroc-benkirane-present-l-inauguration-d-une.html>.

⁸ Siehe: YaBiladi, Maroc/Israël : 5 ans de prison et 1 million dh d'amende contre les normalisateurs (propositions de loi), 7.10.2013, abgerufen unter <http://www.yabiladi.com/articles/details/20100/maroc-israel-prison-million-d-amende.html>.

Juden als stolze Marokkaner.⁹ Jüdische und marokkanische Identität schließen einander nicht aus, viel eher sind sie historisch eng verbunden.

Diskrete Diplomatie

So überrascht es nicht, dass das Königreich Marokko zum jüdischen Staat am 1. September 1994 offizielle diplomatische Beziehungen aufnahm, zwar auf niedrigem Niveau mit Verbindungsbüros in Rabat und Tel Aviv, wohl aber als damals einziger arabischer Staat neben Ägypten und Jordanien.¹⁰ Bereits 1976 hatte der damalige König Hassan II. im Geheimen den israelischen Premierminister Rabin in Rabat empfangen. Neun Jahre später kam der israelische Präsident Peres zu einem offiziellen Besuch.¹¹ Hassan II. trieb den Aufbau der Beziehungen maßgeblich voran, allem inneren und äußeren Druck zum Trotz.

Mit seinem Tod im Jahre 1999 verschlechterte sich die Lage, ein Jahr später folgte nach Ausbruch der zweiten Intifada gar der Abbruch aller diplomatischen Beziehungen.¹² Persönliche Kontakte, wirtschaftliche und akademische Zusammenarbeit sowie der individuelle Austausch dauerten aber fort – diskret, leise, ohne Öffentlichkeit. Der politische Austausch wurde ebenfalls unvermindert weitergeführt. Höhepunkte waren Besuche des damaligen israelischen Außenministers Silvan Schalom in Marokko im Jahre 2003 sowie der damaligen Außenministerin Tzipi Livni in 2009.¹³ Der Besuch Livnis erforderte einen langen Anlauf und fand letzten Endes im Geheimen statt, wur-

⁹ Siehe beispielsweise: Nicole Elgrissy, «La loi antinormalisation est contre la Constitution», Maroc Hebdo International, N° 1050, 6.-12.10.2013.

¹⁰ Bruce Maddy-Weitzman, Israel and Morocco: A special relationship, The Maghreb Review, Vol. 21, No. 1-2, 1996, S. 36-48.

¹¹ Ibid., S. 41 f.

¹² Siehe: Vish Sakthivel, Morocco Plays with Anti-Normalization, The Washington Institute for Near East Policy, Policywatch 2182, 13.12.2013, abgerufen unter <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/morocco-plays-with-anti-normalization>.

¹³ Siehe: HaAretz, Israel, Morocco quietly discussing Livni visit, 8.12.2008, abgerufen unter <http://www.haaretz.com/print-edition/news/israel-morocco-quietly-discussing-livni-visit-1.259051>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

MATTHIAS KASPERS

Februar 2014

www.kas.de

www.kas.de/marokko

de aber in der Folge öffentlich bekannt.¹⁴ Ebenso trafen sich Vertreter beider Länder offensichtlich bei Veranstaltungen in dritten Staaten, zuletzt in den USA in New York.¹⁵

Wirtschaftlich erfuhren die Beziehungen jüngst einen enormen Schub. Genaue offizielle Zahlen gibt es nicht, da der Handel häufig über Zwischenhändler in Drittstaaten abgewickelt wird. Experten gehen jedoch von einem Handelsvolumen in zweistelliger Millionenhöhe (in US-Dollar) aus.¹⁶

Der gesamte Prozess der politischen und wirtschaftlichen Annäherung wird in Marokko schlichtweg als „Normalisierung“ der Beziehungen mit Israel bezeichnet. Die Annäherung bedeutet keinesfalls, dass Marokko nicht eindeutig Position im palästinensisch-israelischen Konflikt beziehen würde. Dennoch sind vielfältige Beziehungen zu Israel möglich. Gegen eben diese Normalisierung richten sich nun zwei Gesetzesvorschläge, die im Sommer 2013 im Parlament eingereicht wurden.

Vorschläge gegen die Normalisierung

Am 31. Juli sowie am 1. August 2013 wurden die Gesetzesvorschläge °92 und °94 eingebracht. Nach ihnen würden jegliche Normalisierungsversuche fortan als Verbrechen eingestuft.¹⁷ Vorschlag °92 wurde von gleich vier Parteien im Parlament getragen: PJD und PPS aus der Regierungskoalition sowie USFP und Istiqlal aus der Opposition. Der zweite Vorschlag, der sich im Wortlaut kaum unterscheidet, wurde allein von der königsnahen Partei PAM eingereicht, die ebenfalls in der Opposition ist.¹⁸ Als Vorlage für die Vorschläge diente ein Text vom *Ob-*

¹⁴ Siehe: SlateAfrique, Maroc: l'embarrassante affaire du «collier de la reine», 3.8.2011, abgerufen unter <http://www.slateafrique.com/20109/maroc-lalla-salma-tzipi-livni-affaire-du-collier-de-la-reine-mohammed-vi-israel>.

¹⁵ SlateAfrique, Maroc, le partenaire discret d'Israël, 11.9.2011, abgerufen unter <http://www.slateafrique.com/37555/economie-maroc-le-partenaire-discret-d-israel>.

¹⁶ Siehe: Jules Crétois, 2013, S. 36.

¹⁷ Die vollständigen Gesetzesvorschläge sind in arabischer Sprache verfügbar unter http://parlement.ma/parlem/loi/lect__192.pdf sowie unter http://parlement.ma/parlem/loi/lect__194.pdf.

¹⁸ Siehe: Jules Crétois, 2013, S. 36.

servatoire marocain contre la normalisation, einer marokkanischen NGO, die sich aktiv gegen die Normalisierung einsetzt.¹⁹ Betroffen wären vor allem geschäftliche Beziehungen sowie der persönliche Austausch. Folgende Bestimmungen sehen die Vorschläge vor:²⁰

- **Handelsverbot:**
Der Austausch von Gütern, Finanz- und Bankgeschäfte sowie Versicherungsgeschäfte mit Israel wären grundsätzlich untersagt.
- **Gegenseitiges Besuchsverbot:**
Israelischen Staatsbürgern würde die Einreise nach Marokko verwehrt. Ebenso wäre Marokkanern der Besuch in Israel verboten. Ein Austausch und jegliche Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Politik, Wirtschaft und Sport wäre damit unter Strafe gestellt.
- **Strafen:**
Marokkaner, die gegen die Bestimmungen verstoßen, könnten eine zwei- bis fünfjährige Gefängnisstrafe oder eine Geldstrafe von bis zu 1 Mio. Dirham (ca. 100.000 EUR) erhalten. Zusätzliche Strafen gemäß Art. 36 des *Code pénal* wären möglich, darunter unter Umständen der Ehrverlust, die Verwehrung gewisser Bürger- oder Familienrechte, sowie der Verlust des Anspruchs auf eine staatliche Rente.

Würden diese Vorschläge als Gesetze verabschiedet, hätten sie drastische Auswirkungen auf die gesamten marokkanisch-israelischen Beziehungen in allen Bereichen. Entsprechend polarisierende Wirkung hatten die Vorschläge. Von großer Unterstützung bis hin zum Vorwurf der Verfassungswidrigkeit waren zahlreiche Reaktionen vertreten. Die Presse berichtete über die Vorschläge

¹⁹ Ibid.

²⁰ Ibid. Siehe ebenso: Aujourd'hui, Maroc : Faut-il interdire la normalisation des rapports avec Israël ?, 14.10.2013, abgerufen unter <http://www.aujourd'hui.ma/maroc-actualite/actualite/maroc-faut-il-interdire-la-normalisation-des-rapports-avec-israel--105659.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

MATTHIAS KASPERS

Februar 2014

www.kas.de

www.kas.de/marokko

weitgehend rein deskriptiv, zitierte aber vornehmlich kritische Stimmen, häufig auf die Unklarheiten und die Diskrepanz zur Realität verweisend.²¹ So basiert die Kritik vor allem auf wirtschaftlichen, touristischen und kulturellen Erwägungen. Selbst innerhalb der PAM bildete sich Widerstand gegen den eigenen Vorschlag. Das Königshaus, das in der Regel eher als israelfreundlich eingestuft wird, hielt sich währenddessen mit Reaktionen zurück, möglicherweise in der Hoffnung, dass die Projekte ohnehin im Sande verlaufen würden. In der Tat kamen viele Medienberichte zum selben Schluss: eine realistische Chance haben die Gesetzesvorschläge nicht, vor allem da sie vorab von einer Kommission geprüft werden und letztendlich vom König unterzeichnet werden müssten. Die Debatte aber bleibt.

Betrachtet man den Verlauf seit August 2013, bestätigt sich diese Vorhersage vorerst: Im September und Oktober war die Regierung vor allem mit ihrer eigenen Krise beschäftigt und die Vorschläge gingen vorerst unter. Gegen Ende des Jahres wurde schließlich die internationale Presse aufmerksam; der Druck von außen stieg. Die pro-contra-Debatte zur Normalisierung mit Israel wurde auch innenpolitisch neu entfacht. Theoretisch müssten die Vorschläge von der *Commission de la Justice et des Lois* geprüft und abgesegnet werden, bevor es zu einer finalen Abstimmung im Parlament kommt.²² Diese ist der Debatte aber ausgewichen und hat die Aufgabe erst im November an die *Commission des Affaires Etrangères* delegiert – schließlich wären die Bestimmungen vorwiegend außenpolitischer Art.²³ Dabei drängt sich der Verdacht auf, dass sich aufgrund der Brisanz niemand der unangenehmen Aufgabe, die Vorschläge zu bearbeiten, annehmen möchte und diese deshalb vorerst auf die lange Bank geschoben

²¹Siehe: Aujourd'hui, 14.10.2013. Siehe außerdem: Jules Crétois, 2013, sowie Nicole Elgrissy, 6.-12.10.2013.

²² Siehe: HaAretz, 23.11.2013.

²³ Siehe: Yabiladi, Maroc/Israël : Les propositions anti-normalisation renvoyées aux calendes grecques, 20.12.2013, abgerufen unter <http://www.yabiladi.com/articles/details/21852/maroc-israel-propositions-anti-normalisation-renvoies.html>.

ben wurden. Berichten zufolge hat die PAM ihren Vorschlag sogar bereits wieder zurückgezogen. Demnach war der Gesetzesvorschlag möglicherweise lediglich ein persönliches Projekt des damaligen Parteivorsitzenden Abdellatif Ouahbi, der inzwischen sein Amt abgegeben hat.²⁴ Die Partei sei daher kurz davor, ihren Vorstoß zurückzunehmen.²⁵

Zahlreiche Hürden

Die Reaktionen werden verständlicher, wenn man sich die Problemlage vor Augen führt: Die erste Hürde stellt die neue Verfassung dar. Diese unterstreicht zunächst das hebräische Erbe Marokkos, wie bereits oben angemerkt. Zwar richten sich die Vorschläge klar gegen Israel und nicht gegen das Judentum, wohl aber lässt sich diese eindeutige Trennung in diesem Fall nur schwierig vornehmen: Marokkos jüdisches Erbe ist längst mit der israelischen Geschichte verwoben, die marokkanischen Juden sind heute vor allem die 900.000 Juden marokkanischen Ursprungs, die im Heiligen Land leben und israelische Staatsbürger sind. Ihre Wurzeln haben viele jedoch nie vergessen und kehren jährlich zu Zehntausenden für Reisen und Feierlichkeiten in die alte Heimat zurück.²⁶ Ein Gesetz gegen die Normalisierung mit Israel ist somit auch ein Gesetz gegen zahlreiche Juden marokkanischen Ursprungs.

Zudem verpflichtet Art. 16 der Verfassung den Staat, sich für die Auslandsmarokkaner einzusetzen, ihre persönliche und kulturelle Beziehung zum Königreich aufrechtzuerhalten und ihre nationale Identität zu bewahren. Nach den Vorschlägen dürften Marokkaner gar nicht mehr in Israel leben, geschweige denn es besuchen. Was aber geschieht mit all jenen, die die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen?²⁷ Was geschieht mit jenen Marokkanern, die bereits

²⁴ Siehe: Yabiladi, Maroc/Israël : le PAM pourrait retirer son projet de loi incriminant la normalisation avec Tel-Aviv, 4.12.2013, abgerufen unter <http://www.yabiladi.com/articles/details/21429/maroc-israel-pourrait-retirer-projet.html>.

²⁵ Siehe: Vish Sakthivel, 13.12.2013.

²⁶ Siehe: HaAretz, 23.11.2013.

²⁷ Siehe: Yabiladi, 7.10.2013.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

MATTHIAS KASPERS

Februar 2014

www.kas.de

www.kas.de/marokko

Kontakt mit Israelis hatten oder Israel besucht haben, darunter selbst hochrangige Politiker?²⁸

Eine weitere Frage, die offensichtlich unbeachtet blieb, wurde von Ali Belhaj, Politiker der PAM, aufgeworfen: Wer sich nach Jerusalem begibt, um einen palästinensischen Freund zu besuchen, müsse also auch mit einer Gefängnisstrafe rechnen?²⁹ Damit spielt er auf die simple Tatsache an, dass ein Fünftel der israelischen Bevölkerung arabisch ist, und die Bestimmungen auch den Kontakt zu diesen verbieten würden. Zudem kontrolliert Israel die Grenzen zur Westbank. Ein Einreiseverbot nach Israel impliziert daher ein Einreiseverbot in die palästinensischen Gebiete. Zu all diesen Unklarheiten kam außerdem die Frage hinzu, warum überhaupt zwei Gesetzesvorschläge mit nahezu gleichlautendem Text eingebracht wurden, was für zusätzliche Verwirrung sorgte.

An der Realität vorbei

In der Bewertung der Gesetzesvorschläge müssen daher mehrere Punkte berücksichtigt werden. Zunächst richtet sich das Gesetz gegen die Normalisierung der Beziehungen mit Israel, nicht gegen Juden. Das Gesetz wird jedoch auch Auswirkungen für hunderttausende Juden marokkanischer Herkunft haben, die zwar in Israel leben, Marokko als ihre alte Heimat aber noch immer schätzen und zum Teil zu Besuch kommen. Daraus ergibt sich eine innere Verflochtenheit, die die eindeutige Trennung von Israel und marokkanischen Juden erschwert.

Weiterhin bestehen trotz aller Diskretion weitreichende wirtschaftliche und akademische Beziehungen zwischen beiden Staaten, deren Gewicht zu groß für eine umfassende Kriminalisierung scheint. Punktuelle politi-

sche Beziehungen auf hoher Ebene bekräftigen diese Einschätzung.

In jedem Fall aber gehen die Gesetzesvorschläge an der Realität Marokkos und der der marokkanischen Juden vorbei, ebenso wie an den Beziehungen zwischen Marokko und Israel. Die erste Welle der Euphorie nach Einbringung der Vorschläge ist Vergangenheit, die Unterstützung hält sich in Grenzen und die Texte ruhen vorerst auf der langen Bank. Gesellschaft und Parlament sind diesbezüglich beide innerlich gespalten. Das Medieninteresse ist indes merklich gesunken, der Wirbel scheint weitgehend verfliegen, auch da es keine neuen Meldungen gibt. Die Verabschiedung der Vorschläge scheint vorerst unwahrscheinlich.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Marokko
11, rue d'Agadir
Quartier Hassan
10010 Rabat, Marokko
Telefon
+212- 5 3776 12 32/33
Fax
+212- 5 3776 12 35
Website
www.kas.de/marokko

²⁸ Siehe: Aujourd'hui, 14.10.2013.

²⁹ Vgl. LeMag, Propositions de lois incriminant les relations avec Israël : une fronde au sein du PAM, abgerufen unter http://www.lemag.ma/Propositions-de-lois-incriminant-les-relations-avec-Israel-une-fronde-au-sein-du-PAM_a77674.html.